

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 162/2013 (BJD)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Der Fall Carlos - auch im Kanton Solothurn denkbar? (04.09.2013)

Die Sendung «Reporter» des Schweizer Fernsehens SRF machte den Fall «Carlos» publik: Der 17-jährige Zürcher, der seit seinem 11. Altersjahr straffällig ist und zuletzt einen Gleichaltrigen mit einem Messer fast getötet hatte, ist nicht etwa in einer Strafanstalt eingesperrt, sondern bekommt eine regelrechte Sonderbehandlung. Er wohnt mit einer Sozialarbeiterin in einer Viereinhalb-Zimmer-Wohnung, bekommt Privatunterricht und besucht intensiv Thaibox-Kurse. Insgesamt kümmern sich zehn Personen um den jungen Mann. Die Kosten: 29'000 Franken im Monat. In Zusammenhang mit dem Fall Carlos im Kanton Zürich bitten wir die Regierung, folgende Fragen in Bezug auf den Kanton Solothurn zu beantworten:

1. Wie viele Jugendliche sind im Kanton Solothurn derzeit von der Jugendanwaltschaft mit einer Massnahme belegt?
2. Wie sehen diese Massnahmen aus und in welchen inner- oder ausserkantonalen Institutionen werden diese vollzogen?
3. Wie erfolgreich sind diese Massnahmen in Bezug auf Sozialisierung und Erfolgs-, bzw. Rückfallquote?
4. Wie hoch sind die Gesamtkosten, bzw. die Kosten pro Fall durchschnittlich?
5. Wie hoch sind die Kosten für die verschiedenen Massnahmen/Institutionen durchschnittlich?
6. Welche Massnahme löst momentan die höchsten Kosten aus?
7. Wurden im Kanton Solothurn auch schon unbedingte Freiheitsstrafen für Jugendliche angeordnet?

Begründung (04.09.2013): schriftlich.

Der Fall Carlos hat schweizweit ein riesiges Medienecho und in der Bevölkerung grosses Kopfschütteln ausgelöst. Renitenz scheint mit Luxus belohnt zu werden. Strafrechtsprofessor Martin Kiliass betont, dass das Jugendstrafrecht faktisch ein Papiertiger sei, da kaum je unbedingte Freiheitsstrafen ausgesprochen würden. Jugendliche wissen, dass ihnen kaum etwas Schlimmes droht, auch wenn sie schwere Straftaten begehen. Kiliass betont aber, dass das Jugendstrafrecht nicht zu therapeutischen Zwecken erfunden worden sei, sondern, um jungen Menschen zu zeigen, dass es in einer Gesellschaft Regeln gibt, die einzuhalten sind. Strafrecht ist dazu da, Gerechtigkeit herzustellen. Teure Therapien, deren Erfolg fragwürdig ist und welche die Täter mit Samthandschuhen anfassen, sind sowohl ein Hohn für die Opfer wie auch für die Gesellschaft allgemein.

Unterschriften: 1. Anita Panzer, 2. Beat Käch, 3. Hubert Bläsi, Yves Derendinger, Peter Brügger, Markus Grütter, Kuno Tschumi, Marianne Meister, Verena Meyer, Andreas Schibli, Peter Hodel, Verena Enzler, Beat Loosli, Enzo Cessotto, Ernst Zingg, Claude Belart, Beat Wildi, Mark Winkler, Johanna Bartholdi, Heiner Studer, Rosmarie Heiniger, Karin Büttler (22)